

# vorwärtsHESSEN

INFORMATIONEN DER SPD-FRAKTION UND DES SPD-LANDESVERBANDES HESSEN

JULI 2015

## STURE CDU BLEIBT KOMPROMISSLOS



Thorsten Schäfer-Gümbel,  
SPD-Landesvorsitzender

Beim sogenannten Bildungsgipfel der schwarz-grünen Koalition zeichnet sich nach monatelangen Gesprächen noch kein Ergebnis ab. Mit sturer Kompromisslosigkeit steuert die CDU wohl eher auf ein Scheitern hin. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war noch nicht klar, wie der Bildungsgipfel enden wird, aber die Signale des Ministerpräsidenten waren schon sehr deutlich.

Beim Landestag der Jungen Union ist er in die alte CDU-Rhetorik zurückgefallen, die an den jahrzehntelangen Schulkampf der CDU erinnert. Damit hat Ministerpräsident Bouffier höchstpersönlich das Anliegen des Bildungsgipfels konterkariert.

Bouffier sagte zum Beispiel, die hessische CDU werde „keinen Millimeter von ihrer Grundlinie abgehen“ und bezog dies auf die Debatte über längeres gemeinsames Lernen und den Ausbau von Ganztagschulen. Das Vokabular, das er in diesem Zusammenhang mit Blick auf die verzerrt und verfälscht wiedergegebenen Positionen der SPD benutzt hat – „Einheitsschule“, „Zwang“, „inhuman“ – spricht jedem Einigungswillen hohn. Der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident unterstrich vielmehr, dass er alles tun werde, damit es keine Mehrheit für SPD-Vorstellungen gebe.

Die SPD wird sich nicht darauf einlassen, den Minimalkonsens von CDU und Grünen für zehn Jahre festzuschreiben. Damit würde Hessen den Anschluss an die bildungspolitischen Herausforderungen in Deutschland endgültig verlieren. Schon heute ist Hessen zum Beispiel Schlusslicht bei gebundenen und offenen Ganztagschulen. Über Bildungsgerechtigkeit verlieren CDU und Grüne ohnehin kein Wort. Auch bei den Themen Inklusion und längeres gemeinsames Lernen hängt die hessische CDU meilenweit hinter anderen Landesverbänden zurück – das ist keine tragfähige Basis für die nächsten zehn Jahre, denn damit würden wir den hessischen Kindern und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes schwer schaden.

Volker Bouffier steht einmal mehr vor der Wahl, ob er in erster Linie Ministerpräsident aller in Hessen lebenden Menschen oder CDU-Landesvorsitzender sein will. Aus Erfahrung wissen wir, dass er sich immer für die Parteilinie entscheidet, wenn er vor diese Wahl gestellt wird.

*Th. Schäfer-Gümbel*

## FEHLGRIFF VON BOUFFIER

„ERNEUT HAT MINISTERPRÄSIDENT BOUFFIER DIE SORGEN UND NÖTE DER BESCHÄFTIGTEN DES UNIVERSITÄTSKLINIKUMS GIESSEN UND MARBURG (UKGM) IGNORIERT UND ALLEN GRUND, SICH ZU ENTSCULDIGEN“, SO DR. THOMAS SPIES. DER MINISTERPRÄSIDENT HATTE AUF EINEN BRANDBRIEF DER BETRIEBSRÄTE ZUR PERSONALSITUATION MIT KOPIERTEN ZAHLEN VON DER INTERNETSEITE DES UNIVERSITÄTSKLINIKUMS GEANTWORTET. „DIE BESCHÄFTIGTEN ARBEITEN AN DER GRENZE IHRER LEISTUNGSFÄHIGKEIT“, SAGTE SPIES. STATT ABGESCHRIEBENER ZAHLEN SOLLTE HERR BOUFFIER DEN VON IHM DURCH DIE UKGM-PRIVATISIERUNG IN NÖTE GEBRACHTEN BESCHÄFTIGTEN DEN ANGEMESSENEN RESPEKT ZOLLEN. DIE VERWENDETEN ZAHLEN SEIEN SCHÖNGERECHNET. DAS UKGM RECHNE STUNDEN IN STELLEN UM, DIE ES GAR NICHT GEBE UND DER MINISTERPRÄSIDENT VERWEIGERE JEDE KRITISCHE ÜBERPRÜFUNG.



Dr. Thomas Spies, MdL



FOTO: DRUBIG-FOTO, FOTOLIA.COM

## ENDLICH MEHR WOHNUNGSBAU

### SPD-FRAKTION FORDERT SONDERPROGRAMM

Der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Michael Siebel hat „mehr Schwung“ für den Wohnungsbau in Hessen gefordert und ein Sonderprogramm für den Bau von Wohnungen und Flüchtlingsunterkünften vorgestellt. „Nach wie vor ist die Wohnungssituation in Hessen – insbesondere in den Ballungszentren – prekär. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen müssen bis zu 50 Prozent ihres Monatseinkommens für die Miete ihrer Wohnung ausgeben. Es werden in Hessen immer noch weniger Sozialwohnungen gebaut, als aus der Sozialbindung pro Jahr herausfallen. Deshalb ist eine große Wohnungsbauoffensive notwendig, in der alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um dieser Herausforderung gerecht zu werden“, sagte Siebel.



Michael Siebel, MdL

Um Sozialwohnungen zu bauen und das Programm für mittlere Einkommen finanziell zu unterlegen, solle die Landesregierung mit 17 Millionen Euro ein Darlehensprogramm bei der Bank für Wirtschaftsförderung und Infrastruktur (WI-Bank) auflegen, mit dem pro Jahr 250 Millionen Euro an Darlehensmitteln mobilisiert werden könnten, so der SPD-Politiker. Um den Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu helfen, fordere die SPD ein 30-Millionen-Euro-Darlehensprogramm. Dieses Programm orientiere sich an dem, was andere Bundesländer, unter anderem Rheinland-Pfalz, bereits leisteten. Vor dem Hintergrund der steigenden Zahl von

Flüchtlingen, die Hessen zu erwarten habe, seien die Kommunen angehalten, Unterbringung zu schaffen. Mit dem Programm „Willkommen in Hessen – Wohnraum für Flüchtlinge und Asylbewerber schaffen“ solle auf der Basis eines Darlehensproduktes der WI Bank kommunalen Wohnungsbauunternehmen, aber auch privaten Investo-

ren die Möglichkeit eröffnet werden, schnell und möglichst unbürokratisch Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen. „Das Kreditprogramm soll sich auf die Errichtung von Wohnraum, die Modernisierung von Gebäuden und auf Investitionen zur Instandsetzung von Gebäuden beziehen, die der

Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden dienen können“, so Siebel.

Das Darlehensprodukt solle zinslos vergeben werden und einen Mindestumfang von 30 Millionen Euro haben. Gefördert werden sollen Investitions-, Unterhaltungs- und Beschaffungsmaßnahmen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Wohnungen, die als Sozialwohnungen einer Mietpreisbindung unterliegen. Schließlich fordere die SPD die Vertreter der Landesregierung im Aufsichtsrat der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte auf, sich dafür einzusetzen, dass in den kommenden Jahren generell mehr Sozialwohnungen errichtet würden. „500 Sozialwohnungen pro Jahr sollten das Ziel sein“, so Siebel. Zur Finanzierung sollte das Land in den kommenden drei Jahren auf Ausschüttungen der Nassauischen Heimstätte verzichten. ■

## WENIGER LEHRER AN GYMNASIEN?

„Das angekündigte neue Zuweisungsverfahren des Kultusministeriums an gymnasialen Oberstufen in Hessen legt den Verdacht nahe, dass eine drastische Kürzung der Lehrerversorgung bevorsteht. Was hier geplant ist, riecht nach Trickerei. Um diese Reduzierung der Grundunterrichtsversorgung zu kaschieren, werden die Stellenzuweisungen pro Schüler gekürzt. Die Landesregierung scheint auf dem besten Weg zu sein, ihr Versprechen, keine Stellen zu streichen, zu brechen“, so Christoph Degen.



Christoph Degen, MdL

Laut einer Mitteilung des Kultusministeriums soll zum Schuljahr 2015/2016 ein Stellenabbau an den Oberstufen stattfinden. Indem der schülerbezogene Zuweisungsfaktor an den Oberstufen abgesenkt werden solle, erhielten insbesondere Oberstufengymnasien bei gleichbleibender Schülerzahl eine deutlich abgesenkte Stellenzuweisung im Vergleich zum derzeit laufenden Schuljahr. „Die SPD-Fraktion hat bereits eine kleine Anfrage auf den Weg gebracht, um die Hintergründe und Konsequenzen zu beleuchten. Wir befürchten eine deutliche Einschränkung des Kursangebots an gymnasialen Oberstufen, wodurch schließlich die Wahlfreiheit bei der Belegung von Kursen eingeschränkt wird“, sagte der Abgeordnete. ■



FOTO: CONTRASTWERKSTATT, FOTOLIA.COM

## HESSEN BRAUCHT ECHTE GANZTAGSSCHULEN

Die SPD-Landtagsfraktion will den Ausbau von echten Ganztagschulen in Hessen voranbringen und hat eine entsprechende Initiative in den Hessischen Landtag eingebracht. „Echte Ganztagschulen sind in Hessen seit Jahren Mangelware. Das derzeitige Angebot deckt nicht annähernd die Nachfrage. Im Grundschulbereich ist die Nachfrage besonders hoch. Um die Riesenlücke zwischen Elternwunsch und Wirklichkeit endlich zu verringern, fordern wir den bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen, vor allem, aber nicht nur im Grundschulbereich und auf freiwilliger Basis. Allen Schulen, die dies wollen, muss es ermöglicht werden, sich zu rhythmisierten Ganztagschulen weiterzuentwickeln. Aus den drei Prozent der Schulen mit verbindlichem Ganztagsbetrieb können dann stufenweise 30 Prozent werden“, bekräftigte der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen.

Die Landesregierung habe bisher außer Sonntagsreden und Montagspressekonferenzen an Schulen wenig zu bieten. Wer mehr echte, rhythmisierte Ganztagschulen in Hessen wolle, müsse die Ressourcenfrage klären und den notwendigen Ausbau ernsthaft angehen. Schöne Worte und symbolische Schulbesuche nach dem Motto „Doppelt gemoppelt, hält besser“ reichten nicht aus.

„Hessen braucht einen konkreten Ausbauplan und nicht nur einige neue Ganztagschulklassen und ein wenig mehr Hortbetreuung an Schulen“, forderte der Abgeordnete. „Die Vorteile von gebunden und teilgebunden arbeitenden Schulen liegen auf der Hand: mehr Zeit und klare Orientierung für die individuelle Förderung von Kindern, Lernzeiten statt Hausaufgaben, multiprofessionelle Teams, Öffnung der Schulen zum Umfeld und pädagogische Konzepte, die den gesamten Schulalltag umfassen.“ Studien belegten, dass der Besuch von echten Ganztagschulen das Ri-

siko von Klassenwiederholungen und problematisches Sozialverhalten verringere und das Familienleben entspanne. „Investitionen in Ganztagschulen lohnen sich, denn ganztags ist pädagogisch, sozialpolitisch und wirtschaftlich sinnvoll“, so der SPD-Politiker.

Statt ständig von der Wahlfreiheit der Eltern zu sprechen, müssten erst einmal Wahlmöglichkeiten für Eltern geschaffen werden. „Die hessische Ganztagschulsituation ist unterirdisch. Seit Jahren werden Schulen mit Nachmittagsangebot als Ganztagschulen verkauft – wohl wissend, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden – und die Schulen zudem bei der Umsetzung sehr guter Konzepte mit Almosen abgespeist.“ Für den Ganztagschulausbau müssten die personellen Ressourcen bedarfsgemäß verteilt und eine verlässliche Lehrerversorgung an allen ganztägig arbeitenden Schulen auf der Grundlage eines Konzepts gewährleistet werden. Jetzt zusätzliche Stellen zu versprechen, die jedoch nicht neu ins System einfließen, sondern nur umgeschichtet würden, sei außerdem fadenscheinig. Degen warnte angesichts der geplanten Kürzungen bei der Lehrerzuweisung davor, Schulen gegeneinander auszuspielen. Taschenspielertricks seien nicht förderlich für die Akzeptanz von Ganztagschulausbau und Inklusion.

Die SPD erwarte, dass die Landesregierung den Ganztagschulausbau nicht nur wegen des Bildungsgipfels und verbal forcieren, sondern auch die SPD-Initiative für mehr Bildungschancen, Bildungsgerechtigkeit und individuelle Förderung unterstütze. Statt für 50 Paktschulen ein neues Programm aus dem Boden zu stampfen, hätte auch eine Aufstockung des bestehenden Ganztagschulprogramms gereicht. Wahlfreiheit dürfe man nicht nur wollen, sondern müsse sie auch können, so Degen. ■

## EIGENSTÄNDIGE OBERSTUFEN ERMÖGLICHEN

Der Landtagsabgeordnete Turgut Yüksel fordert vonseiten der Landesregierung, den Schulträgern wieder die Errichtung eigenständiger Oberstufen zu ermöglichen. Die SPD hat einen Gesetzentwurf erarbeitet, der ein Gesetz aus dem Jahr 2004 ändert, das den Schulträgern die Neugründung von Oberstufenschulen zeitnah und überall dort, wo sie dringend gebraucht werden, verwehrt. „Immer mehr Schülerinnen und Schüler wollen nach Absolvierung der zehnten Klasse einer Gesamtschule, Real- oder Mittelstufenschule den Weg zum Abitur gehen. Der Zugang zu einer gymnasialen Oberstufe muss überall in Hessen möglich sein – unabhängig davon, welchen Bildungsgang ein Schüler durchläuft“, sagte Yüksel. Ein Bildungsangebot fehle zwar augenscheinlich vor allem in den Groß-



Turgut Yüksel, MdL

städten. Perspektivisch müsse aber angesichts zurückgehender Schülerzahlen gerade im ländlichen Raum ein entsprechendes Bildungsangebot vorhanden sein. In Frankfurt werde seit vielen Jahren über eine neue, eigenständige Oberstufenschule diskutiert. „Ein Standort ist längst gefunden und könnte umgesetzt werden, wenn dies nicht durch eine gesetzliche Regelung verhindert würde“, erklärte Yüksel. Der Landesregierung sei das Problem nicht erst seit den vehementen Protesten von Eltern wegen fehlender Plätze in wohnortnahen Gymnasien bekannt. Die Koalition sei in der Frage aber uneins. Während die grüne Schuldezernentin Sorge lieber heute als morgen eine Oberstufenschule einrichten würde, lehne der Kultusminister dies vehement ab.

Der Frankfurter Abgeordnete appellierte an die Koalition, nicht auf das Ende des Bildungsgipfels zu warten, sondern rasch zu handeln und nicht länger auf Zeit zu spielen. ■



FOTO: FOTOLIA.COM



FOTO: DAVID MARX

In Offenbach zwingt die schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit dazu, die Hundesteuer zu erhöhen



Schlaglochpiste statt Radweg. So macht die Alsfelder SPD auf den Investitionsstau aufmerksam. Foto unten: Protest gegen kürzere Öffnungszeiten des Schwimmbads in Weinbach.



FOTO: SWEN BASTIAN

## WACHSENDER PROTEST GEGEN DAS SPARDIKTAT

Je näher die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs rückt, desto stärker wächst landesweit der Protest gegen die schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit. In vielen Städten und Gemeinden machen die SPD-Landtagsabgeordneten gemeinsam mit vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf die drohenden Folgen der Unterfinanzierung aufmerksam. Von der Schließung von Bädern, Sport-

plätzen oder sogar öffentlichen Toiletten bis zur Erhöhung von Grund-, Gewerbe- oder Hundesteuer reichen die Folgen. Klar ist: Was Schwarz-Grün spart, zahlen die Bürgerinnen und Bürger – entweder in Form schlechterer Angebote oder durch höhere Gebühren und Steuern. Die Landesregierung zwingt die Kommunen zu Einschnitten, die bei angemessener Finanzausstattung nicht nötig wären. ■



FOTO: MAIK ZIMMER

Am Bahnhof in Dreieich wurde aufgrund des jahrelangen Sparzwangs bereits die öffentliche Toilette geschlossen.

### MITMACHEN BEI KAMPAGNE

Noch vor der Sommerpause will die schwarz-grüne Koalition die kommunalfeindliche Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) beschließen. Deshalb ist es jetzt höchste Zeit für den Protest gegen die mangelhafte Finanzausstattung der Städte, Gemeinden und Kreise. Die Gliederungen der hessischen SPD sind aufgerufen, gemeinsam mit ihren Landtagsabgeordneten die Kampagne „Gekürzt! Ihre Landesregierung“ der SPD-Fraktion zu unterstützen. Viele Kampagnenfotos und Aktionsideen finden sich auf [www.schwarz-grüne-kürzungen.de](http://www.schwarz-grüne-kürzungen.de). ■

### AUFTRAG DER VERFASSUNG

Artikel 137 der Hessischen Verfassung trägt folgende Überschrift: „Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise, örtliche Allzuständigkeit der Gemeinden, Auftragsverwaltung, Finanzgarantie für die Gemeinden, Konnexitätsprinzip“

In Absatz 5 heißt es wörtlich: „Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.“ ■

## SCHWARZER TAG FÜR DIE KOMMUNEN

### LANDTAGSDEBATTE ZUM FINANZAUSGLEICH

Die erste Lesung des Gesetzes zur Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel als „schwarzen Tag für die hessischen Städte, Kreise und Gemeinden“ bezeichnet. „Die Landesregierung trägt einmal mehr ihre eigenen Finanzprobleme auf dem Rücken der Kommunen aus. Die Schönfärberei des Finanzministers ist politische Bilanzfälschung“, sagte Schäfer-Gümbel.

Die gesamte „kommunale Familie“ habe deutliche Kritik an dem neuen KFA-Modell geübt. „Unter dem Spardruck der Landesregierung haben die Kommunen in den vergangenen vier Jahren bereits 750 Millionen Euro weniger investiert. Gleichzeitig haben sie auch ihre Einnahmen kräftig erhöhen müssen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Die Zeche zahlen die Bürgerinnen

und Bürger vor Ort“, so Schäfer-Gümbel.

Die Landesregierung müsse endlich realisieren, dass da, wo oben zu wenig hineinfließe, unten auch zu wenig herauskomme. „Die Neuregelung wird dem Urteil des Staatsgerichtshofs nicht gerecht“, so Schäfer-Gümbel.

Der neue KFA manifestiere die massive Unterfinanzierung der hessischen Kommunen und nehme ihnen finanziell die Luft zum Atmen. „Er verschärft die finanziellen Probleme vor Ort weiter. Wenn in den hessischen Gemeinden, Städten und Kreisen künftig Kita-gebühren, Grundsteuern und Eintrittspreise erhöht, die Öffnungszeiten von Büchereien, Schwimmbädern, Senioren- oder Jugend-



Thorsten Schäfer-Gümbel, MdB

klubs gekürzt oder Einrichtungen geschlossen werden, geht das direkt auf das Konto von CDU und Grünen. Die CDU handelt dabei mit gewohnter Doppelzüngigkeit: Während sie im Bund gegen Steuererhöhungen ins Feld zieht, zwingt sie die Kommunen, ihre Bürgerinnen und Bürger immer stärker zu belasten.“

Schäfer-Gümbel kritisierte weiter, dass Schwarz-Grün mit dem neuen Gesetz die „klebrigen Finger des Landes“ legalisieren wolle. „Höhere Zuweisungen des Bundes für die Kommunen will die Landesregierung diesen faktisch vorenthalten und auch von Steuerzuwächsen soll die kommunale Ebene abgekoppelt werden.“ ■



Dieter Franz, MdB

## SCHNELLE HILFE AM EINSATZORT

Wenn Einsatzleiter von Feuerwehr, Rettungsdienst oder Katastrophenschutz mit ihrem Privatwagen zu dringenden Einsätzen fahren, sollen sie nach Vorstellung der SPD-Fraktion künftig auch Blaulicht und Sirene benutzen dürfen, damit sie möglichst schnell helfen können. Diesen Vorschlag hat die SPD-Fraktion auf Vorschlag des Landtagsabgeordneten Dieter Franz bei ihrer Sitzung auf dem Hessentag beschlossen. „In Großstädten oder ländlichen Regionen müssen Einsatzleiter häufig stark befahrene Straßen nutzen oder weite Strecken zurücklegen. Sondersignale können das zügige Erreichen des Einsatzorts erleichtern“, sagte Dieter Franz. Eine entsprechende Regelung könne vom Land erlassen werden, in Bayern habe sie sich bereits bewährt. Die Erfahrung zeige, dass es keinen Missbrauch dieser Sonderrechte gebe. Franz erläuterte seinen Vorschlag auch einer Delegation des Landesfeuerwehrverbands, die zur öffentlichen Fraktions-sitzung in Hofgeismar angereist war. ■



Schwungvoller Spaß für Klein und Groß: das Glücksrad am SPD-Stand. Hier mit Tobias Eckert, dem SPD-Abgeordneten für den Wahlkreis Limburg-Weilburg.

## MÄRCHENHAFTER HESSENTAG IN HOFGEISMAR

Von seiner märchenhaften Seite zeigte sich der Hessentag in Hofgeismar. Schließlich gilt die nordhessische Kleinstadt im „Märchenland Reinhardswald“ als Dornröschentadt. Und so trug das Hessentagspaar, Rebecca Ross und Andreas Richardt, erstmals keine traditionelle Tracht, sondern präsentierte sich als Grimmsche Märchenfiguren „Dornröschen und der Prinz“.

Mehrere Hunderttausend Menschen besuchten das größte hessische Volksfest, dessen Tradition 1961 vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn begründet wurde, um den Zusammenhalt von Alteingesessenen und Neubürgern zu stärken.

Auch die Landespolitik war in Hofgeismar stark gefragt, sodass die Hessentagsstadt für zehn Tage zur heimlichen Landeshauptstadt wurde.

Die SPD-Fraktion konnte zahlreiche Gäste zur öffentlichen Fraktionssitzung begrüßen. Thorsten Schäfer-Gümbel kritisierte den politischen Stillstand in Hessen von der Bildungspolitik über den Investitionsstau bei der Infrastruktur bis zur kommunalfeindlichkeit der Landesregierung. „Die schwarz-grüne Landesregierung ist heute auf den Tag genau 500 Tage im Amt – Aus-sitzen wird dabei immer mehr das Prinzip der Regierung Bouffier“, sagte Schäfer-Gümbel. Auf Impulse bei drängenden Themen wie dem Wohnungsbau oder der Energiewende warte man bis heute vergeblich.

Die örtliche Abgeordnete Brigitte Hofmeyer nutzte „ihren“ Hessentag, um ausführlich über die finanzielle Not der hessischen Städte, Gemeinden und Kreise



Viele Grüße vom Hessentag schickten die örtliche Abgeordnete Brigitte Hofmeyer und Thorsten Schäfer-Gümbel.

zu berichten. Die von der schwarz-grünen Koalition geplante Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs bringe für die Kommunen keine finanzielle Verbesserung, sondern nehme ihnen im Gegenteil noch ihren Anteil an höheren Bundeszuwendungen.

Susanne Selbert, Erste Kreisbeigeordnete im Landkreis Kassel, schilderte die Situation der Flüchtlingsunterbringung, bei der das Land seiner Verpflichtung bei Weitem nicht nachkomme, die Kosten angemessen zu erstatten. Die Landesregierung ignoriere die Lage der Kommunen.

Der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen berichtete über die Verhandlungen zum sogenannten Bildungsgipfel. Ministerpräsident Bouffier habe sich auf dem Landtag der Jungen Union in der Vorwoche sehr unkooperativ gezeigt und die Vorstellungen der SPD pauschal zurückgewiesen. ■

## HOCHBETRIEB AM SPD-STAND

Der Stand der SPD-Fraktion auf der Landesausstellung lockte wieder Tausende Besucher an, die sich über die politische Arbeit der Fraktion informieren, sich mit Landtagsabgeordneten austauschen oder schlicht einen Preis am Glücksrad ergattern wollten. Als echte Renner erwiesen sich die roten Sonnenbrillen, die es dort zu gewinnen gab, und eine nagelneue Broschüre mit Ausflugstipps der Landtagsabgeordneten. ■



Nordhessen-Power: Standbesetzung mit (v. l. n. r.) Waltraud Mai-Wehnes, Marianne Freitag-Thiele, Brigitte Hofmeyer und Uwe Frankenberger.



Damenriege mit Heike Habermann, Regine Müller, Kerstin Geis und Ulrike Alex.



Christoph Degen (rechts) im Gespräch mit Hessentagsbesuchern.



Corrado di Benedetto informiert über die SPD-Politik im Landtag.

ALLE FOTOS: HESSENTAG: CAROLIN ARBTER UND MARTINA HAUSL-DAVID



FOTO: FRANK OSENBINK MEDIA

**Frauenpower in der Hessen-SPD: Schon viele Frauen nehmen Führungsverantwortung wahr, aber mit dem Mentoring-Programm soll der Frauenanteil weiter steigen.**

## POLITIK BRAUCHT FRAUEN. POLITIK BRAUCHT DICH!

### DAS MENTORING-PROGRAMM DER HESSEN-SPD

**D**ie Demokratie vor Ort lebt vom Mitmachen! Sie ist gleichermaßen auf die Erfahrungen von Frauen und Männern angewiesen. Leider engagieren sich in Hessen zu wenige Frauen in der Kommunalpolitik.

Derzeit liegt der Anteil der Frauen in den hessischen Kommunalparlamenten bei rund 23 Prozent. Damit nimmt Hessen gemeinsam mit Niedersachsen und Brandenburg schon eine Vorreiterrolle gegenüber den anderen Bundesländern ein. Dennoch zeigen die Zahl und der Vergleich, dass mehr Frauen für die politische Arbeit gewonnen werden müssen und können.

Das Mentoring-Programm „Politik braucht Frauen“ der hessischen SPD möchte deshalb Frauen jeden Alters, jeder Herkunft und jeder Lebenssituation ermutigen und stark machen, sich einzubringen und sich aktiv zu beteiligen. Das Besondere an dem Programm ist, dass die Teilnehmerinnen keine formalen Voraussetzungen

erfüllen müssen. Entscheidend sind die Bereitschaft und die Motivation, sich einzubringen. Dabei Erfolg, aber auch Spaß zu haben, dafür steht das Mentoring.

### Mitmachen lohnt sich – wir machen Frauen stark

Du bist eine engagierte Frau und möchtest etwas in der Gesellschaft bewegen und voranbringen? Du hast erste Erfahrungen in einem kommunalen Handlungsfeld gesammelt, z. B. als Vertreterin in einem Verein, in einer Bürger- oder Elterninitiative?

Du möchtest dein Engagement weiterentwickeln und Entscheidungen mitbestimmen?

Du suchst Rat und Unterstützung von einer politisch erfahrenen Frau, um Einblick in die Partei- und Kommunalpolitik zu bekommen? Wenn du eine dieser Fragen mit Ja beantwortest, dann bist du bei uns richtig. Mach mit und werde Mentee!

### Das bieten wir dir an – die Programminhalte

Persönliche und individuelle Betreuung durch eine Mentorin deiner Wahl. Wir sind dabei, hierfür 60 Frauen in ganz Hessen zu gewinnen. In einem ersten Newsletter haben wir alle Frauen in der hessischen SPD mit E-Mail-Adresse angeschrieben und über das Programm informiert. Bis zum Sommer folgen drei weitere Newsletter mit zusätzlichen Informationen zu den regionalen Mentorinnen und zu weiteren Veranstaltungen.

Außerdem gibt es Rahmenveranstaltungen und persönliche Weiterentwicklungsangebote, die gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik Hessen e. V., der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Toni-Sender-Akademie und den beiden SPD-Bezirken Hessen-Süd und Hessen-Nord organisiert werden (Termine: siehe rechte Spalte). ■

## 10 GRÜNDE, JETZT AKTIV ZU WERDEN

- Wir gestalten unser Umfeld aktiv mit, um freiwillige Leistungen in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport zu erhalten.
- Wir vor Ort entscheiden über eine lebendige Kommune.
- Wir wollen heute die Stadt von morgen gestalten – mit allen für alle.
- Wir denken an die nachfolgenden Generationen und übernehmen Verantwortung.
- Wir sichern Kinderbetreuung, Nahversorgung, öffentliche Verkehrsmittel.
- Wir fragen in Zeiten knapper Kassen nach guten, kreativen Ideen.
- Wir denken vernetzt, das Ehrenamt muss gestärkt und die Zusammenarbeit mit den Vereinen, der Feuerwehr, den Initiativen ausgebaut werden.
- Wir profitieren von örtlicher Energieversorgung und lokaler Daseinsvorsorge.
- Wir müssen den demografischen Wandel generationengerecht vorbereiten.
- Frauen haben einen anderen Blick – gehen pragmatisch vor, nutzen kurze Wege und setzen sich für den Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum und in den Köpfen ein. ■

## EINLADUNG ZUM ERSTEN KENNENLERNEN

**F**ür ein erstes Kennenlernen laden wir dich hiermit herzlich zur Visitenkartenparty „Frau traut sich“ ein. Sie findet am 20. Juli 2015 ab 19.00 Uhr im Gießener Bootshaus statt (Bootshausstraße 12, 35390 Gießen).

Hier triffst du Landrätinnen, (Ober-)Bürgermeisterinnen, Landtags- und Bundestagsabgeordnete und viele mehr. Wenn du Interesse hast, teilzunehmen, melde dich bitte unter [info@sgk-hessen.de](mailto:info@sgk-hessen.de) oder per Telefon **0611 360 11 74** an.

Noch Fragen? Schreib uns eine E-Mail wir rufen gern zurück:



Gisela Stang,  
Bürgermeisterin  
[gisela.stang@spd-main-taunus.de](mailto:gisela.stang@spd-main-taunus.de)



Lisa Gnadt, MdL  
[l.gnadt@ltg.hessen.de](mailto:l.gnadt@ltg.hessen.de)



Dr. Ilja-Kristin Seewald  
[ilja-kristin.seewald@spd-koenigstein.de](mailto:ilja-kristin.seewald@spd-koenigstein.de)

## ANGEBOTE UND TERMINE

Hier eine erste Auswahl von Veranstaltungen der Kooperationspartner, die im Rahmen des Mentoring-Programms besucht werden können:

10.07. – 11.07.2015  
in Gladenbach  
**Der sichere Auftritt**  
Anmeldung:  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Tel.: 0611 34 14 15 13

12.09. – 13.09. 2015  
in Frankfurt  
**Neu im Amt – Ehrenamtliche Führungskräfte**  
Anmeldung:  
Toni-Sender-Akademie  
Tel.: 0611 999 77 19

19.09.2015  
in Höchst i. Odenwald  
**Die SPD klopft an – Haustürbesuche**  
Anmeldung:  
Toni-Sender-Akademie  
Tel.: 0611 999 77 19

26.09. – 27.09.2015  
in Wiesbaden  
**Freude am politischen Streit!**  
Anmeldung:  
Toni-Sender-Akademie  
Tel.: 0611 999 77 19

09. – 10.10.2015  
in Steinbach  
**Argumentationstraining**  
Anmeldung:  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Tel.: 0611 34 14 15 13

10.10.2015  
10:00 – 17:00 Uhr  
in Kassel  
**Konfliktlösung**  
Anmeldung: Bezirk  
Hessen-Nord  
Tel.: 0561 700 10 21

13.11. – 14.11.2015  
in Hofgeismar  
**Argumentationstraining**  
Anmeldung:  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Tel.: 0611 34 14 15 13  
Landkreis Offenbach

**COUNTDOWN  
ZUR  
KOMMUNAL-  
WAHL**

Die hessische Landesregierung hat inzwischen den Termin für die Kommunalwahl festgelegt:

**Am 6. März 2016 werden die Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreistage und Ortsbeiräte in Hessen neu gewählt. Damit läuft ab jetzt der Countdown zur Kommunalwahl. Hier finden sich die wichtigsten Termine bis dahin:**

**7. November 2015  
Landesparteitag  
in Kassel**

**28. Dezember 2015,  
18:00 Uhr  
Ablauf der Frist zur  
Einreichung von Wahl-  
vorschlägen. Danach  
können auch keine  
Mängel mehr behoben  
werden, die einen  
Wahlvorschlag ungültig  
machen.**

**12. Januar 2016  
Öffentliche Bekanntma-  
chung der zugelassenen  
Wahlvorschläge**

**24. Januar 2016  
Sechs Wochen vor der  
Wahl ist in der Regel der  
Zeitpunkt, ab dem Wahl-  
plakate aufgestellt wer-  
den dürfen.**

**25. Januar 2016  
Beginn der Briefwahl**

**14. Februar 2016  
Spätestens jetzt müssen  
die Wahlbenachrichti-  
gungen verschickt sein.**

**4. März 2016, 13.00 Uhr  
Letzter Termin für die  
Beantragung von Wahl-  
scheinen (vor allem für  
die Briefwahl)**

**6. März 2016,  
8:00 – 18.00 Uhr  
Öffnung der Wahllokale,  
anschließend Auszäh-  
lung**

# DIGITALE WELT DER ZUKUNFT GESTALTEN

SPD-KONGRESS DISKUTIERT TECHNOLOGIEFOLGEN

**B**ei der Konferenz „Die Digitale Zukunft“ der Hessen-SPD, des Kulturforums der Sozialdemokratie und von #Digital Leben haben SPD-Politiker, Branchenkenner und Gewerkschaftsvertreter über die Auswirkungen der sogenannten Industrie 4.0 und der fortschreitenden Digitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft und mögliche politische Konsequenzen diskutiert.

Der SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel eröffnete die Konferenz mit dem Hinweis, dass gerade die SPD als Partei des technischen Wandels in hohem Maß geeignet sei, die digitale Zukunft zu entwickeln. „Willy Brandt hat einmal gesagt: Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten. So wollen wir es auch bei den Herausforderungen der Digitalisierung halten.“

Schäfer-Gümbel wies darauf hin, dass insbesondere für die Wirtschaft, vor allem für mittelständische Unternehmen, gute

Voraussetzungen geschaffen werden müssten, an der digitalen Entwicklung teilzuhaben. Darüber hinaus gelte es, Unternehmensgründungen und jungen Start-Ups ein fruchtbares Umfeld zu bieten.

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer verglich das zu früheren Zeiten hoch entwickelte Wassernetz der Stadt Trier mit den heutigen Datenetzen. Beide hätten zu ihrer Zeit existenzielle Bedeutung für die Menschen.

Sie betonte, dass Fähigkeit und Wille der deutschen Wirtschaft, sich den Prinzipien der Industrie 4.0 zu öffnen, darüber entscheiden würden, ob Deutschland seinen Wohlstand auch in Zukunft aufrechterhalten könne. Wichtig sei dabei, die sich neu schaffenden Formen von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsfelder im Blick zu haben. Die SPD sei die Partei, die in Zeiten technischen Wandels immer die Arbeitnehmerrechte verteidigt habe. Dies sei eine Herausforderung der digitalen Revolution.



Ein Blick ins Auditorium mit Thorsten Schäfer-Gümbel und Malu Dreyer.

Auch Dr. Inge Lippert, die Leiterin der Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik des DGB, betonte, es müssten Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Arbeitswelt gegeneinander abgewogen werden. Heute würden viele Studien darauf hinweisen, wie viele Arbeitsplätze durch diesen neu entstehenden Wirtschaftsbereich entstünden – nur wenige würden sich aber anschauen, wie viele wegfielen. Die Industrie 4.0 sei darauf angelegt, Arbeitsplätze durch Roboter zu ersetzen. So koste ein Arbeitnehmer rund 40 Euro pro Stunde, während ein Roboter auch für drei bis fünf Euro arbeite.

Wasser in den Wein goss Joachim Bühler aus der Geschäftsleitung des Branchenverbands BITKOM. Er warnte davor, dass Wettbewerber aus der neuen Wirtschaft unerwartet mit überlegener Technologie auftauchen könnten. So könne ein deutscher Häuslebauer sich eine Smart-Home-Lösung für rund 4000 Euro von Handwerkern in sein Haus einbauen lassen, während das zu Google gehörende Unternehmen „nest“ bereits ein Gerät für insgesamt 400 Euro verkaufe, das die gleichen Funktionen erledige und von jedem selbst montiert werden könne. Er rief dazu auf, Deutschland dürfe nicht den Anschluss verpassen und müsse die eigene digitale Souveränität auf- und ausbauen. ■



Podiumsdiskussion mit Dr. Jens Zimmermann, MdB, Dr. Inge Lippert, DGB, Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, und Dr. Joachim Bühler, BITKOM.

## LEITFADEN UND BERATUNG FÜR KOMMUNALE SPORTPOLITIKER



**S**port ist ein wichtiges politisches Handlungsfeld. Er bietet vielfältige Möglichkeiten für Integration und Inklusion, Jugend-, Frauen- und Seniorenförderung und eine präventive Gesundheitspolitik. Der SPD-Landesvorstand hat deshalb unter Leitung des ehemaligen Profileichtathleten Franz-Josef Kemper und des Wiesbadener Stadtverordneten Michael David den Sportbeirat der Hessen-SPD ins Leben gerufen. Im Beirat arbeiten neben dem Bundesvorsitzenden des Sportforums der SPD, Manfred Schaub, und dem sportpolitischen Sprecher und parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion,

Günter Rudolph, zahlreiche Vertreter des Sports auf Landes- und der Sportkreisebene mit.

Sportvereine und ehrenamtlich Aktive leiden vielerorts zunehmend unter den Folgen der kommunal- und bürgerfeindlichen Politik der schwarz-grünen Landesregierung. Der Sportbeirat hat deshalb in den sportpolitischen Leitlinien zur Kommunalwahl Vorschläge erarbeitet, wie die Sportpolitik vor Ort trotzdem sozial und erfolgreich gestaltet werden kann. Sie können als Blaupause für kommunale Programmbausteine für die Kommunalwahl verwendet werden. Da es für alle SPD-Gliederungen

und -Fraktionen lohnend ist, regelmäßig mit den Vertretern des Sports in der Kommune ins Gespräch zu kommen, bietet der Sportbeirat umfassende Unterstützung für Veranstaltungen mit örtlichen Sportvertretern an. Dazu gehören ein Leitfaden zur Durchführung eines kommunalen Sportforums sowie eine Liste mit möglichen Referentinnen und Referenten sowie Ansprechpartnern für Veranstaltungen, die bei der SPD-Landesgeschäftsstelle erhältlich ist.

**Kontakt:** Michael Fraenkel, Grundsatzreferent SPD-Landesverband Hessen, Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611 999 77 – 38/Fax: -11, [Michael.Fraenkel@spd.de](mailto:Michael.Fraenkel@spd.de) ■

# DIE KLEINEN GROSS RAUSBRINGEN

SCHULSTART-AKTIONSWOCHE DER SPD IN HESSEN

Viele Gliederungen der SPD in Hessen werden den Schulbeginn am 7. September erneut dazu nutzen, mit der Bildungsaktionswoche Schülerinnen und Schüler und Eltern wieder den Schulen zu begrüßen und auf unsere Schul- und Bildungspolitik hinzuweisen. An der traditionellen Aktion des Landesverbandes hat sich in den vergangenen Jahren eine wachsende Zahl von Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirken beteiligt.

Gründe gibt es nach ein- und einhalb Jahren schwarz-grüner Bildungspolitik genug: Die soziale Ungleichheit nimmt weiter zu. Zu viele Kinder bleiben auf dem Bildungsweg zurück, weil sie nicht entsprechend ihren Fähigkeiten und Begabungen gefördert werden. Das hessische Schulsystem ist weiterhin geprägt von früher Auslese und zunehmender Zersplit-

terung. Echte Ganztagschulen sind Mangelware. Schülerinnen, Schüler und Eltern in Hessen sind auf pädagogisch durchdachte und verlässlich planbare Ganztagsangebote angewiesen.



Dazu braucht es wesentlich mehr als die unverbindlichen und nicht durchdachten Sym-

bolprojekte, wie sie die jetzige Landesregierung unter dem Namen „Pakt für den Nachmittag“ bewirbt. Der Schulbeginn liegt sechs Monate vor der Kommunalwahl – ein idealer Zeitpunkt, um auf die bessere Bildungspolitik der SPD im Land und in den Kommunen aufmerksam zu machen.

Dazu wird vom SPD-Landesverband eine kreative Palette von Werbemitteln zum Selbstkostenpreis angeboten. Verteilt werden kann das Material nicht nur zum Einschulungstermin vor den Schulen und bei bildungspolitischen Veranstaltungen, sondern auch an Infoständen, bei Hausbesuchen, Sommerfesten und sonstigen SPD-Aktivitäten. Um alle bestellten Materialien für den weiteren Kommunalwahlkampf bestmöglich nutzbar zu machen, können die Artikel mit dem Namen eurer Gliederung oder örtlicher Kandidat/innen versehen werden. ■

## BESTELLEN UND MITMACHEN

Gliederungen, die bei der Schulstartaktion mitmachen wollen, sollten das Material möglichst schnell bestellen. Den Bestellschein mit Infos zu allen Materialien ladet Ihr einfach unter [www.spd-hessen.de/schulstart](http://www.spd-hessen.de/schulstart) herunter. Er muss bis zum 10. Juli in der SPD-Landesgeschäftsstelle eingegangen sein.

Hier stellen wir die zur Verfügung stehenden Artikel kurz vor:

Der „Renner“ bei den Verteilaktionen ist die Brotbox (großes Bild links), die chic aussieht und sich in der Praxis sehr bewährt hat.

Der Reflektor-Teddy sorgt für gute Sichtbarkeit in der dunklen Jahreszeit (hier nicht abgebildet).



Straßenmalkreide und Buntstifte, jeweils mit individuellem Absendeaufdruck sind von hohem Spielwert für kreative Kinder. ■



FOTO: STÖCKWERK, FOTOLIA.COM

## TRINKWASSER NICHT GEFÄHRDEN

Ein grundsätzliches Verbot des unkonventionellen Frackings in Deutschland hat der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Timon Gremmels, gefordert. „Mit dem Gesetzentwurf der Großen Koalition zum Fracking werden dieser Technologie endlich Grenzen gesetzt.“ Nach geltendem Recht sei Fracking zur Erdgasgewinnung nämlich grundsätzlich noch erlaubt. Allerdings müsse der Gesetzentwurf noch nachgebessert werden. „Für uns ist klar, dass der Schutz des Trinkwassers absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen genießen muss.“ Deswegen müsse der Entwurf im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch an einigen Stellen nachgebessert werden. „Fracking ist kein Baustein der Energiewende und keine Lösung für eine künftige, primär auf erneuerbare Energien ausgerichtete Energiepolitik“, so Gremmels. ■

## KEINE GEWALT GEGEN POLIZISTEN

Die zunehmende Gewalt gegen Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte hat der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, kritisiert. „Tagtäglich leisten sie harte und beschwerliche Arbeit, teilweise bei hohem Risiko für Leib und Leben. Leider finden auch täglich Angriffe auf diese Menschen statt. Die Hemmschwelle sinkt, sehr oft spielen Alkohol und Drogenmissbrauch eine Rolle. Alltägliche Beleidigungen oder auch andere Respektlosigkeiten gegenüber den Einsatzkräften werden schon gar nicht mehr erfasst. Gewaltausbrüche gegen Einsatzkräfte mit über 150 verletzten Beamten wie bei den Blockupy-Protesten hinterlassen Fassungslosigkeit“, sagte Rudolph. Solche Taten dürften für den oder die Täter nicht folgenlos bleiben. Die SPD-Fraktion habe gemeinsam mit den Gewerkschaften seit Jahren gefordert, einen passenden Straftatbestand aufzunehmen. Ob eine entsprechende Initiative der Landesregierung dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspreche, werde in der anstehenden Debatte zu prüfen sein. ■



Günter Rudolph, MdB

## BUNDESMITTEL WEITERGEBEN

Die vom Bund zusätzlich bereitgestellten Mittel für die Flüchtlingsunterbringung, von denen auf Hessen in 2015 und 2016 jeweils 37 Millionen Euro entfallen, sollen aus Sicht der Hessen-SPD in vollem Umfang den Kommunen zugutekommen. Der sozialpolitische Sprecher Gerhard Merz kritisierte, dass sich die schwarz-grüne Landesregierung hinsichtlich der Verwendung der Bundesmittel nicht festlege. „Seit Monaten versteckt sich die Landesregierung hinter wolkigen Formulierungen. Im Klartext kann das nur bedeuten, dass man sich weigern will, den berechtigten Forderungen der Kommunen nachzukommen“, sagte Merz. Das Geld werde ohne Zweifel am dringendsten bei den Kommunen benötigt, deren Defizite in diesem Bereich mit jedem zusätzlich aufzunehmenden Flüchtling stiegen. „Die Kommunen haben aber einen rechtlichen und politischen Anspruch darauf, dass ihnen die Kosten, die ihnen durch die Übernahme einer gesamtgesellschaftlich bedeutsamen Aufgabe entstehen, im Rahmen kostendeckender Pauschalen erstattet werden“, so der SPD-Politiker. ■



Gerhard Merz, MdB



FOTO: FRANK OSSENBRINK

Für Ebbelwoi-Nachschub sorgte Frau Pieper.



FOTO: FRANK OSSENBRINK

Gegenbesuch: Thorsten Schäfer-Gümbel hatte die Clowns der Clownschule in Hofheim besucht und zum Apfelweinanstich eingeladen.

## 133.000 PROFITIEREN

„Auch in Hessen zeichnet sich ab, dass der Mindestlohn bereits vier Monate nach seiner Einführung ein Erfolg für die Beschäftigten ist“, sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Decker. Allein in Hessen würden 133.000 Menschen nun ein höheres Einkommen erzielen, das seien immerhin rund fünf Prozent der Beschäftigten.

Besonders erfreulich sei, dass die Unkenrufe, wonach der Mindestlohn ein „Jobkiller“ sei, sich auch in Hessen nicht bewahrheitet hätten. „Im Gegenteil: Es gab im April 4500 Arbeitslose weniger als noch vor einem Jahr“, sagte Decker.



Wolfgang Decker, MdL

Für den Arbeitsmarktpolitiker ergibt sich daraus das Fazit, dass der Mindestlohn die Beschäftigung nicht beeinträchtigt und die Beschäftigten davon profitierten. „Der Einsatz der SPD in der großen Koalition im Bund hat sich gelohnt, der Mindestlohn ist auf der Erfolgspur“, bilanzierte Decker. ■

# BEMBEL UND POLITIK

## APFELWEINANSTICH IN BERLIN

Äpfel, Ebbelwoi oder einfach nur Stöffsche? Egal, wie man ihn nennt: Apfelwein gehört zu Hessen, genauso wie Ahle Wurscht, Grüne Soße oder Rheingauer Riesling. Die kulinarischen Exportschlager Hessens sorgen alljährlich beim „Apfelweinanstich“ in Berlin, veranstaltet vom SPD-Landesverband und der Landesgruppe der hessischen SPD-Bundstagsabgeordneten, für reges Interesse und guten Besuch. Das Fest ist eine beliebte Gelegenheit zum politischen Gedankenaustausch zwischen Bundes- und Landesebene.

In diesem Jahr eröffnete Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) den Abend, die nach der erfolgreichen Ein-

führung des Mindestlohns allen Grund hatte, auf Regierungserfolge in der Großen Koalition anzustoßen.

Rund 500 Gäste aus Ehrenamt, Wirtschaft sowie hessischer und Berliner Politik waren der Einladung des hessischen SPD-Landesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel und der Landesgruppenvorsitzenden der SPD-Landesgruppe Hessen, Ulrike Gottschalck, in die Hessische Landesvertretung gefolgt.

Mit dabei waren die Ministerpräsidentin aus Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, sowie die parlamentarische Staatssekretärin Brigitte Zypries, Staatsminister Michael Roth und der Wiesbadener Oberbürgermeister, Sven Gerich. ■



FOTO: FRANK OSSENBRINK

Berliner Apfelweinanstich mit SPD-Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel, der Höchster Apfelblütenkönigin Anika Schmitt, der SPD-Landesgruppenvorsitzenden Ulrike Gottschalck und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles.

## 500 TAGE SCHWARZ-GRÜNER STILLSTAND

Anfang Juni regierten CDU und Grüne seit 500 Tagen Hessen. Dazu sagte der hessische SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel: „Bei den wichtigen Zukunftsthemen Hessens herrscht Stillstand. Ob beim Bildungsgipfel, bei den wichtigen Infrastrukturthemen von der Energiewende über den Straßenbau bis zum Wohnungsbau, bei der Flüchtlingspolitik – nirgendwo sind Entscheidungen sichtbar. Aussetzen wird immer mehr das Prinzip der Regierung Bouffier. In den Untersuchungsausschüssen zu den bis heute unfassbaren und in Hessen nicht aufgeklärten NSU-Verbrechen und zur stümperhaften Abschaltung von Biblis ist wenig Aufklärungswillen sichtbar. Die Kommunen werden von Schwarz-Grün nicht nur im Stich gelassen, sondern re-

gelrecht gegängelt. Schwarz-Grün erweist sich als die kommunalfeindlichste Landesregierung, die Hessen je hatte. Insgesamt kann man sagen: Am CDU-Regierungsstil hat sich auch mit dem grünen Partner an der Seite nichts geändert.“

Beim Bildungsgipfel habe man immer öfter den Eindruck, die Grünen versuchten einerseits, Grundlagen für eine Einigung zu säen, während andererseits die CDU-Hardliner von Ministerpräsident Bouffier bis zum bildungspolitischen Sprecher Schwarz alle jungen Pflänzchen umgehend wieder zertrampelten. „Wenn dieses Vorgehen exemplarisch für die nächsten Monate der schwarz-grünen Regierung steht, zeigt es, dass politisch nichts als Stillstand zu erwarten ist. Wer immer nur einen Schritt voran- und wieder einen zurück geht, kommt nicht voran.“ ■

## WIR GRATULIEREN

### Wahlen vom 19. April 2015

**Christel Sprößler** hat mit 60,3 Prozent die Direktwahl zur Bürgermeisterin von Roßdorf (Landkreis Darmstadt-Dieburg) gewonnen. Sie amtiert bereits seit 2003.

**Klaus-Peter (Pit) Schellhaas** ist mit 65,1 Prozent bei drei Gegenkandidaten als Landrat des Kreises Darmstadt-Dieburg für seine zweite Amtszeit bestätigt worden.

**Karl Hartmann** erhielt bei seiner Wiederwahl in Reinheim (Darmstadt-Dieburg) 70,2 Prozent der Stimmen.

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

**Redaktion:**  
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)  
Wilfried Lamparter  
Michael Fraenkel  
Gerfried Zluga-Buck  
Davia Merbach  
Katja Apelt

**Anschrift:**  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden